

Detlef Boehnert

Reichenauer Weg 4
88690 Uhdingen-Mühlhofen
Tel.: +49 7556-96709
Mobil: +49 170 5173128
email: detlef@boehnert.eu
Web Adresse www.boehnert.eu
071005SPD Austritt.doc

Detlef Boehnert Reichenauer Weg 4 88690 Uhdingen-Mühlhofen

An den
SPD Ortsverein Uhdingen-Mühlhofen
Zur Info
SPD Bodenseekreis
Geschäftsstelle Ulm

4. Oktober 2007

Sofortiger Austritt aus der SPD

Liebe Genossinnen und Genossen

Hiermit beende ich meine Mitgliedschaft in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands mit sofortiger Wirkung.

Es fällt mir nach fast 40 Jahren schwer, diesen Schritt zu tun. Ich habe seit Januar 1969 mit der SPD gelebt und für soziale Gerechtigkeit gestritten gekämpft. Der Parteiführung in Berlin und in Stuttgart ist es gelungen, die Hoffnungen auf soziale Gerechtigkeit vollständig zu zerstören.

Der Umverteilungsprozess von unten nach oben, der unter der Regierung von Gerhard Schröder weiter fortgesetzt wurde wird von der jetzigen Regierung mit Billigung der SPD Führung weiter vorgezogen.

Beispiel hierfür ist Peer Steinbrücks weitere Unternehmenssteuern Senkung.

Rot/grün hat die Steuerfreiheit von Veräußerungsgewinnen durchgesetzt und bekämpft jetzt verbal die Heuschrecken, die davon angelockt wurden. Und wer hat eigentlich das so genannte Finanzmarktförderungsgesetz gemacht?

Nein: In der Wirtschaftspolitik hat rot/grün und jetzt die schwarz/rosa Regierung alle Wünsche des großen Geldes erfüllt und manchmal sogar noch übertroffen. Siehe Bild rechts über die Steuerbelastung im europäischen Vergleich.

Steuerparadies Deutschland

Steuerbelastung von Kapital im EU-15-Vergleich*

Frankreich	35,9%
Irland	33,3%
Portugal	32,6%
Niederlande	31,6%
Italien	31,1%
Spanien	30,3%
Belgien	29,5%
Großbritannien	28,0%
Schweden	27,7%
Finnland	27,3%
Luxemburg	27,1%
Dänemark	26,1%
Österreich	22,6%
Deutschland	20,1%
Griechenland	17,0%

* „Impliziter Steuersatz“ für Kapital nach EU-Definition
Quelle: Europäische Kommission 2005
© Hans-Böckler-Stiftung 2006

Ute Vogt habe ich im Wahlkampf 2005 die unten aufgeführte EU Statistik per E-Mail zur Info gesendet und als Rückmeldung die Kommentierung bekommen, dass die Deutsche Industrie durch hohe Sozialabgaben benachteiligt wird und die Statistik deshalb ein falsches Bild von sich gibt.

Solche Äußerungen bekommt man sonst nur von Vertretern der Arbeitgeberverbände, deshalb frage ich mich, ob Ute Vogt in der Richtigen Partei ist.

Da Sie nun wieder zur Landesvorsitzenden gewählt wurde, ziehe ich den Schluss daraus, dass ich in der verkehrten Partei bin.

Deutsche Unternehmen zahlen weniger Steuern, als sie behaupten. Das undurchsichtige System bremst die Wirtschaft und kostet Jobs.



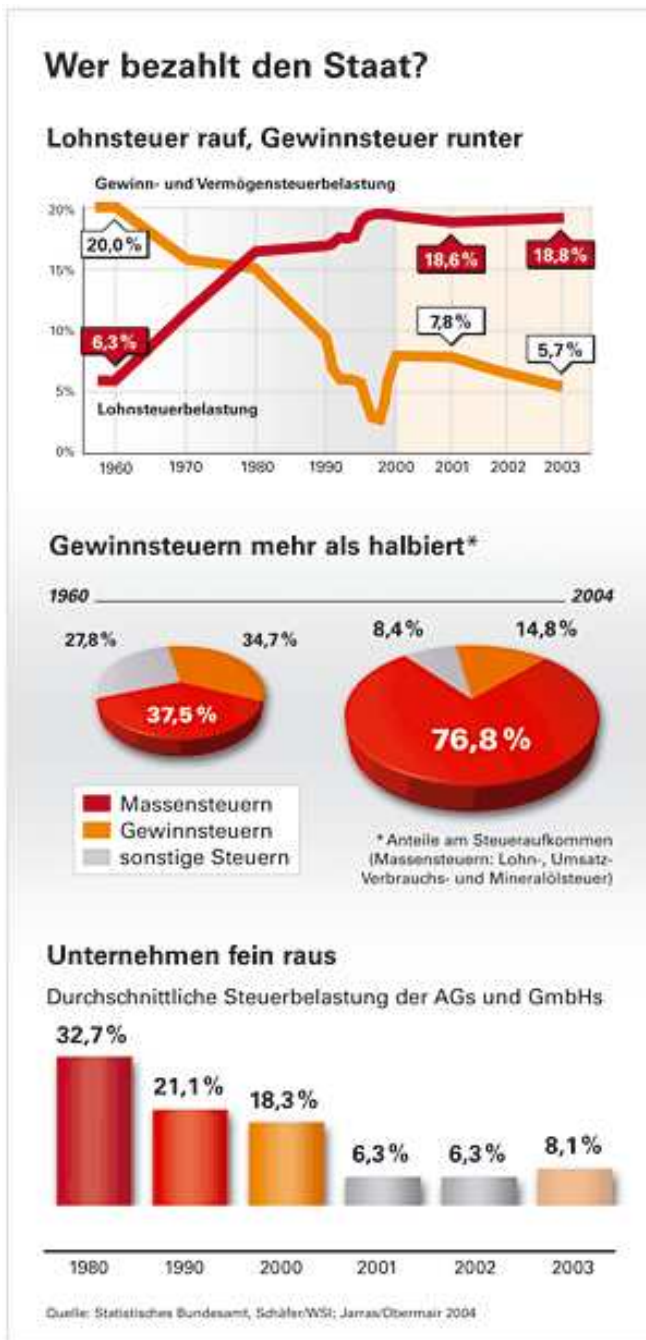
(Quelle EU Amt für Statistik)

Liebe Genossinnen und Genossen,

macht doch endlich mal die Augen auf. Wer zahlt in unserem Land die Steuern? Wir, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Wir müssen dringend von den hohen Steuern entlastet werden! Das führt zu Konsum und mehr Wachstum.

In einer von der Europäischen Kommission veröffentlichten Statistik aus dem Jahr 2003 zum Vergleich des Unternehmenssteueranteils aller EU-Staaten belegt Deutschland zusammen mit Litauen den letzten Platz. Trotz der nominal hohen Unternehmenssteuern, gelingt es Konzernen durch ein radikales Ausnutzen von Steuerschlupflöchern, und Abschreibemöglichkeiten ihren Beitrag an Infrastruktur und Sozialstaat auf 0,6% gemessen am BIP zu senken, ein Anteil so niedrig wie sonst nur in Litauen. Dennoch werden noch weitergehende Senkungen der Unternehmenssteuern mit dem altbekannten Klagelied vom teuren Standort verlangt. Allein durch eine angemessene Besteuerung wie in anderen Ländern der EU könnten finanzielle Spielräume geschaffen werden, die ein weiteres Zusammenstreichen unserer Sozialsysteme verhindern würden.

Nun will man die Erbschaftssteuer für Unternehmensnachfolger abschaffen obwohl nachweislich noch keine Firma zugemacht werden musste.



Wer bezahlt den Staat?

Beschäftigte tragen die Steuerlast

Über drei Viertel des Steueraufkommens sind im vergangenen Jahr durch die so genannten Massensteuern aufgebracht worden: Lohn-, Umsatz-, Verbrauchs- und Mineralölsteuern. Vor allem die Haushalte der Arbeitnehmer finanzieren damit weitgehend den Staat. Der Beitrag der Unternehmen verblasst von Jahr zu Jahr.

Die Kürzung der Bezugszeiten von Arbeitslosengeld für ältere Beschäftigte von 32 Monaten auf 18 Monate war schon eine Unverschämtheit aber das auch noch durch Verschärfung der Sperrzeitenregelung die tatsächliche Arbeitslosenhilfe für die meisten älteren Beschäftigten um bis zu 25% weiter gekürzt werden ist erschreckend.

Von der Regierung Schröder wurde nie über den notwendigen Mindestlohn gesprochen. Nun wo er nicht umsetzbar ist, wird diese zur Forderung der SPD.

Diese Art von lügen und verschweigen ist eine der wesentlichen Ursachen dafür, dass das Vertrauen des Staatsvolkes in die Staatsform Demokratie verloren geht.

Es ist zwar wahr, dass unter den Staaten der EU ein Wettbewerb nach unten bei den Unternehmenssteuern stattgefunden hat und stattfindet. Aber wer hat die Bundesregierung daran gehindert, ihre Zustimmung zur bedenkenlosen

Erweiterung der EU von verbindlichen Zusagen zur Unterlassung von Steuerdumping abhängig zu machen? Wer hat in einem Land, in dem schamloser Reichtum und öffentliche Armut herrschen, die Regierung davon abgehalten, die Vermögenssteuer wieder einzuführen, als sie nach 1998 die Macht und die Mehrheit im Bundesrat dazu hatte, wo doch sogar die USA diese Steuerart unter den „Zwängen“ der „Globalisierung“ besitzen.

Die Arbeitslosigkeit hat das Übrige getan und jetzt gilt die Ironie von Heinrich Böll, dass, wenn das Geld knapp ist, die Armen einspringen müssen. Sie werden jetzt allerdings damit

beglückt, dass die Enteignung ihrer 30 oder 40 Jahre gezahlten Beiträge erst ab 2008 vollzogen wird. Im Übrigen bleibt es im vollen Umfang beim System Hartz.

Ich bin nicht mehr in der Lage diese Politik mit zu tragen.

Bedanken möchte ich mich bei den Mitgliedern des Bodenseekreises und der Ortsvereine für die gute und menschliche Zusammenarbeit über die langen Jahre. Von Januar 1969 in NRW und ab Oktober 1978 am Bodensee war es eine schöne Zeit auf unterer Ebene SPD Mitglied zu sein. Ich hoffe auch vor Ort auf eine weitere politische Zusammenarbeit, denn der gepflegte Umgang im OV hat mir immer gut getan.

Hohen Respekt habe ich auch weiterhin für die Leistung und das politische Schaffen beispielsweise von Hilde Mattheis, Otmar Schreiner, Rudolf Bindig und Norbert Zeller.

Dieser Entschluss reift in mir nach einigen Jahren des Überdenkens denn nach fast 40 Jahren Mitgliedschaft fällt es mir schwer diesen Schritt zu machen aber er ist notwendig um auch weitere soziale Politik zu gestalten da diese in der SPD nicht mehr möglich ist.

Mit freundlichen Grüßen

The image shows a handwritten signature in black ink. The signature is written in a cursive style and reads "Detlef Boehnert". The first name "Detlef" is written in a slightly larger and more prominent script than the last name "Boehnert".